



Bildquelle: [www.pressenza.com](http://www.pressenza.com)

## Israel und Palästina: Wo sind die mutigen Demokrat:innen?

*„Wir beginnen und enden alle noch so kontroversen Diskussionen mit dem grundsätzlichen Verständnis, dass wir alle gleichwertige Menschen sind, die Frieden, Freiheit und Glück verdienen.“ (Daniel Barenboim)*

### Demokratie lebt von einem ehrlichen konstruktiven Dialog!

...einem Dialog, der vielfältige Perspektiven einbindet, diese anhört und daraus Entscheidungen ableitet, die zum Wohle aller sind - zum Wohle aller, unabhängig von ihrer Religion und Hautfarbe.

Es bereitet uns Sorgen, wenn in Deutschland jede Krise dazu führt, dass die Gesellschaft sich weiter polarisiert und aufgespalten wird. Aufgespalten in Schwarz und Weiß, aufgespalten in Gruppen, mit denen man nicht mehr sprechen kann, und denen man deswegen auch nicht mehr zuhören muss: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.

### Es darf nie wieder passieren, dass Juden und Jüdinnen sich auf den Straßen Deutschlands unsicher fühlen!

Für uns ist klar, dass die Anschläge vom 07. Oktober zu verurteilen sind, dass es für die enorme Gewalt, die vielen zivilen Opfer und den weiterhin bestehenden Antisemitismus in der Gesellschaft, auch in Deutschland, keine Rechtfertigung gibt.

Darf es gleichzeitig sein, dass ein: Muslim:in oder ein muslimischer Flüchtling direkt unter Generalverdacht der ganzen Gesellschaft gestellt wird und eigentlich abgeschoben gehört? Die Untaten in Israel sind nicht von "den Muslim:innen" begangen worden, genauso wenig wie die Untaten in Palästina gerade von "den Juden und Jüdinnen" begangen werden oder die Untaten in der Ukraine von "den Christ:innen".

(1) Uns ist bewusst, dass diese Fragestellung, gerade im politischen Diskurs, mitunter missbraucht und als Dogwhistle genutzt wird. Als Verein mit Fokus auf gesellschaftlichem Dialog, ist uns an dieser Stelle explizit die Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und Politik wichtig.

Ja, viele Juden und Jüdinnen auf der Welt fühlen gerade wahrscheinlich v.a. mit den Juden und Jüdinnen in Israel. Das ist verständlich. Genauso fühlen gerade viele Muslim:innen auf der Welt mit den Muslim:innen in Palästina. Das ist gut so, solange sie dabei nicht vergessen, dass die andere Seite die gleichen Rechte und die eigene Seite die gleichen Pflichten hat.

Wir sind überzeugt, dass wir als Demokrat:innen hier sehr klar unterscheiden müssen, wenn wir unsere Demokratie stärken und nicht schwächen wollen.

Wir müssen eine sehr klare Grenze ziehen, dass es in der Demokratie nicht tolerierbar ist, wenn einem Volk das Selbstbestimmungsrecht und Existenzrecht abgesprochen wird - oder einer Religion der Respekt und die Würde. Wenn wir den Konflikt nicht weiter anheizen wollen, darf es dabei keinen Unterschied machen, ob es um das Volk Israel oder Palästina geht - ob es dabei um Juden und Jüdinnen oder Muslim:innen geht.

**Ist es gut für die Demokratie, wenn Menschen, die die Politik Israels kritisieren, gleich Antisemiten sind oder das Mitgefühl mit den Menschen im Gazastreifen Menschen zu Sympathisanten des Terrors macht? (1)**

Ist es gut, wenn Menschen, die für Frieden sind, verdächtigt werden, Sympathisant:innen des Terrors zu sein? Ist es gut, wenn Demonstrationen, die für Frieden aufrufen, in der Zeitung direkt als propalästinensisch bezeichnet werden?

Die Geschehnisse in Israel und Palästina schockieren, machen wütend und traurig! Die Logik der Eskalation in Konflikten besteht darin, dass es nur noch ein "Wir" und "die Anderen" gibt, nichts mehr dazwischen. Sie besteht auch darin, dass alle Außenstehenden aufgefordert werden, sich klar für eine Seite zu positionieren.

**Gibt es nicht noch eine dritte Seite? Eine demokratische? Eine Seite, die sich genauso klar positioniert?**

Eine Seite, die klar Position bezieht für die Rechte auf beiden Seiten? Eine Seite, die Mitgefühl mit den Angehörigen der Opfer ausdrückt - gleichwertig mit den Opfern der Attentate, der Geiselnahmen, des Raketenbeschusses **und** den Opfern von Bombardements, Vertreibung und Aushungern! Eine Seite, die sich klar bekennt, für das Existenz- und Selbstbestimmungsrecht von Israel **und** von Palästina! Eine Seite, die sich für das Recht auf Unversehrtheit von Menschen bekennt, unabhängig von ihrer Religion, Hautfarbe oder Zugehörigkeit zu einem der beiden Staaten. Eine Seite, die beiden Seiten ein Recht auf die Verteidigung dieser eigenen Unversehrtheit einräumt - aber einer Verteidigung, die auf den eigenen Schutz und nicht die Vernichtung des anderen ausgerichtet ist! Eine Seite, die ganz klar jeder Gewalt, die auf Zerstörung der anderen Seite ausgerichtet ist, entgegentritt! Eine Seite, die für den Schutz vor Vertreibung auf beiden Seiten einsteht.

Gerade in hoch-eskalierten Konflikten braucht es diese dritte Partei, wenn es eine Chance auf echte Konfliktverständigung und Frieden geben soll. Es braucht eine Partei, die ganz klar für die Menschen auf beiden Seiten eintritt, ohne zu unterscheiden.

(1) Uns ist bewusst, dass diese Fragestellung, gerade im politischen Diskurs, mitunter missbraucht und als Dogwhistle genutzt wird. Als Verein mit Fokus auf gesellschaftlichem Dialog, ist uns an dieser Stelle explizit die Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und Politik wichtig.

Es braucht jetzt mutige Demokrat:innen, die für Frieden und Gerechtigkeit eintreten!

In Konflikten führt die einseitige Solidarität mit der einen Seite zu einer Ausweitung des Konflikts - und die Allparteilichkeit dementsprechend zu Verständigung und Frieden. Daher braucht es jetzt Juden und Jüdinnen, Muslim:innen und Christ:innen die gemeinsam statt gegeneinanderstehen, für Dialog, Menschenwürde und Menschenrechte auf allen Seiten!

Das Schöne ist, es gibt sie:

[Verein "begegnen"](#)

[Jüdisch-Palästinensisches Duo an Schulen](#)

Es gibt sie schon lange in Palästina und Israel - und auch hier in Deutschland. Vor allem davon brauchen wir mehr!

(1) Uns ist bewusst, dass diese Fragestellung, gerade im politischen Diskurs, mitunter missbraucht und als Dogwhistle genutzt wird. Als Verein mit Fokus auf gesellschaftlichem Dialog, ist uns an dieser Stelle explizit die Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und Politik wichtig.